

91. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 3. September 2015

Auszug aus dem veröffentlichten Plenumsprotokoll

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass sich unser vorliegender Antrag „Deutsch als europäische Sprache stärken“ in wichtigen Teilen selbst erklärt. Die Defizite, die es bei der Anwendung der deutschen Sprache auf europäischer Ebene aus unserer Sicht gibt, sind bekannt. Andere Parlamente und Kammern haben das ebenfalls schon diskutiert. Auch wir in Nordrhein-Westfalen befassen uns nicht das erste Mal mit der Thematik und den praktischen Problemen einer unzureichenden Übersetzung.

Konfuzius hat einmal gesagt: „Wenn die Sprache nicht stimmt, dann ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist.“ Das war auch eben bei dem Kollegen ganz deutlich festzustellen.

Diese Worte – deshalb spreche ich von einem doppelt berufenen Mund – hat unsere heutige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in der Podiumsdebatte am 8. Dezember 2000 zitiert, also vor fast 15 Jahren. Damals hatte die CDU-Fraktion den Antrag „Die deutsche Sprache in der Europäischen Union aufwerten“ eingebracht.

Wenn bedeutsame und komplexe Dokumente europäischer Gesetzgebung erst sehr verzögert in deutscher Sprache vorliegen, dann hat das zur Konsequenz, dass vorentscheidende Bewertungen oft auf einer englischsprachigen Version basieren – zulasten von Vertiefung und Genauigkeit.

Der Preis ist auch, dass Kapazitäten für die eigene Übersetzung gebunden werden.

Das Wirtschaftsministerium rechnet auf seiner Internetseite vor, dass Nordrhein-Westfalen das Land des Mittelstands ist. Rund 765.000 kleine

und mittlere Unternehmen bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Region. Allein die Relation dieser Zahl zu unserer Gesamtbevölkerung weist darauf hin, welche Ressourcen kleinere Unternehmen haben, um umfassende Übersetzungsarbeit zu leisten, nämlich oft keine.

Aber nicht nur die Wirtschaft ist von Sprachbarrieren betroffen. Herbert Reul hat in einer Parlamentarischen Anfrage im Juni seine Verärgerung darüber ausgedrückt, dass die Faktenblätter der Kommission zu TTIP nur auf Englisch abzurufen waren. Bei dem, was auf dem Spiel steht, ist eine unfertige Darstellung auch in der Zivilgesellschaft Gift.

Sie trägt zu gefährlichen Vorurteilen und besonders zu dem Gefühl bei, dass hier Intransparenz herrscht.

In der Zeitung „DIE WELT“ hat der Sprachforscher Ulrich Ammon im Januar deutlich gemacht, wie wichtig der Zusammenhang von internationalen Beziehungen und einer tiefergehenden Sprachkenntnis ist. In dem Interview wurde die Praxis auf der europäischen Ebene explizit genannt:

Wo das Kommissionsenglisch das Kerngeschäft exklusiv vereinnahmt, wird das der wirtschaftlichen Feinmechanik nicht gerecht – im Blick auf Teilhabe, präzise Rückkopplung oder Standortentscheidungen.

Eine solche sprachliche Einschränkung ist auch soziokulturell nicht richtig; denn die Vielsprachigkeit ist und bleibt die Voraussetzung dafür, dass man sich über Grenzen hinweg wirklich kennenlernt, dass Strukturen der Partnerschaft und Freundschaft lebendig werden können. Das ist der Grund, weshalb wir auch die Pläne der französischen Regierung gegen das Deutschlernen für sehr bedenklich halten.

Die Fähigkeit, die deutsche und die französische Sprache anzuwenden, ist ein wichtiger Transmissionsriemen der europäischen Einigung; das haben wir in unserem Antrag auch noch einmal ausgedrückt.

Nur ein Europa, das für seine Bürgerinnen und Bürger als Zuhause erfahrbar wird, nicht als riesengroße Administration, wird in der Lage sein, nationalistische und auch extremistische, ausweichende Tendenzen zu beherrschen.

Das möchte ich noch einmal zu bedenken geben und daher auch für unseren Antrag werben. Das sollten Sie auch in Brüssel deutlich machen, Frau Ministerin, und vielleicht initiativ werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)